



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 18. März 2009
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t (neu)

über die

94. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 11. März 2009,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Justizministers zum **Projekt „Kein Täter werden“** zur Verhinderung von sexuellem Kindesmissbrauch entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an. Der Ausschuss sprach die Bitte an den Justizminister aus, dem Ausschuss nach einem Jahr einen Sachstandsbericht zu dem Projekt zu geben.

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Justizdolmetschergesetz**, Drucksache 16/2052, stellte der Ausschuss bis zur Vorlage eines ergänzenden Vorschlags durch das Justizministerium zurück.

Der Ausschuss nahm sodann in öffentlicher und nicht öffentlicher Sitzung einen Bericht des Innenministeriums zum Tragen von Namensschildern und Dienstnummern bei Polizisten und zur geplanten **Demonstration in Lübeck** am 28. März 2009 entgegen.

Außerdem ließ er sich durch das Innenministerium über die **Kriminalstatistik 2008** informieren. In dem Zusammenhang legte er fest, im Mai 2009 eine gemeinsame Sitzung mit dem Bildungs- und dem Sozialausschuss zum Thema Jugendgewalt und Jugendkriminalität durchzuführen und hierzu das Innen-, Justiz-, Bildungs- und Sozialministerium einzuladen.

Die Ausschussmitglieder beschlossen, zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein **Beamtenrechtsneuregelungsgesetz**, Drucksache 16/2306, in der Sitzung des Ausschusses am 18. März 2009 eine mündliche Anhörung der Gewerkschaften ver.di, GdP und dbb durchzuführen. Sie nahmen außerdem in Aussicht, ihre Beratungen zu dem Gesetzentwurf und zu den weiteren Vorlagen, Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur

Änderung des **Landesbeamtengesetzes**, Drucksache 16/1420, und Antrag der Fraktion der FDP, **Gleiche Rechte, gleiche Pflichten - Ungleichbehandlung von in einer Lebenspartnerschaft lebenden Beamten im Landesdienst beseitigen**, Drucksache 16/1887, in einer zusätzlichen Sitzung des Ausschusses in der Mittagspause des Landtages am 25. März 2009 abzuschließen.

Außerdem legte der Ausschuss fest, über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung**, Drucksache 16/1893, weiter im Zusammenhang mit der Neufassung der Vergabeordnung, der Überprüfung des Tariftreuegesetzes und des Mittelstandsförderungsgesetzes zu beraten.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung eines **E-Government-Gesetzes für das Land Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/2437, schloss sich der Ausschuss dem Verfahren des federführenden Finanzausschusses an, zunächst eine Anhörung durchzuführen.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, den Antrag der Fraktion der FDP, **Aufhebung des Runderlasses zum Landesentwicklungsplan**, Drucksache 16/2483, und den **Raumordnungsbericht „Zentralörtliches System“**, Drucksache 16/2385, zusammen mit der Auswertung der mündlichen Anhörung zum Landesentwicklungsplan und den übrigen in diesem Zusammenhang zu beratenden Vorlagen auf ihrer Sitzung am 29. April 2009 zur Beratung aufzurufen.

Zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP, **Stand und Perspektiven der kulturellen Entwicklung Schleswig-Holsteins**, Drucksache 16/2276, und zum Antrag der Fraktion der FDP, **Engagement von Senioren in Beruf und Ehrenamt in Schleswig-Holstein fördern - Aufhebung aller diskriminierenden Altersbeschränkungen**, Drucksache 16/2395, schloss sich der Ausschuss dem Verfahren der federführenden Ausschüsse an.

Die Beratung des Berichtes der Landesregierung, **Strategie 2012 und Zukunft von Polizeidienststellen im ländlichen Raum**, Drucksache 16/2452, wurde auf den 13. Mai 2009 verschoben, um die vom Innenminister angeforderten Stellungnahmen der Polizeibehördenleiter mit berücksichtigen zu können. *Den Fraktionen wurde außerdem anheimgestellt, innerhalb einer Woche ergänzende Fragen an das Innenministerium zu formulieren und Teilnehmer für eine schriftliche Anhörung zu benennen.*

Der Ausschuss legte außerdem fest, zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag**, Drucksache 16/2406, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden innerhalb einer Woche zu benennen.

Außerdem nahm der Ausschuss in Aussicht, seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des **Landeswahlgesetzes**, Drucksache 16/2152, rechtzeitig zur Mai-Tagung des Landtages abzuschließen.

Schluss: 15:45 Uhr

gez. Dörte Schönfelder